In Kaiseraugst regiert das Volk : die provozierte Staatsmacht

Autor(en): **Ryser, Werner / Hubacher, Helmut**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Akzent : Magazin für Kultur und Gesellschaft**

Band (Jahr): **- (2014)**

Heft 4: **Damals in Kaiseraugst**

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-842978

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

In Kaiseraugst regiert das Volk

Die provozierte Staatsmacht

[wr] Die Besetzung des AKW-Geländes von Kaiseraugst brachte die Schweiz an den Rand einer Staatskrise. Der Bundesrat erwog, gegen die Demonstrantinnen und Demonstranten die Armee einzusetzen. Eine Delegation von AKW-Gegnern übernahm es, mit dem Energieminister Willi Ritschard über Möglichkeiten einer Deeskalation zu verhandeln. Wir haben uns mit Helmut Hubacher, dem grossen alten Mann der Schweizer Sozialdemokraten, über jene wohl heisseste Phase der Besetzung unterhalten.

Armeeeinsätze im Innern – das gab es mehrmals. Beispielsweise, als beim Bau des Gotthardtunnels Mineure gegen die katastrophalen Arbeitsbedingungen streikten. Aber auch beim Landesstreik von 1918 und ein Jahr später beim Streik der Fabrikarbeiter in Basel wurde die Armee aufgeboten. Jedes Mal gab es Tote und Verletzte. Die höchste Opferzahl, 13 Tote und 65 Verwundete, verzeichnete man am 9. November 1932, als eine Rekruteneinheit in Genf das Feuer auf eine antifaschistische Demonstration eröffnete. Beim Einsatz gegen manifestierende Arbeiter und Arbeiterinnen, stellt der emeritierte Geschichtsprofessor Hans-Ulrich Jost fest, seien mehr Menschen getötet worden als beim Aktivdienst an der Grenze und fügt hinzu: «Es ist eine Schattenseite der Geschichte, die man offenbar lieber verschweigt.» Eigentlich ist es unfassbar, dass nach diesen traumatischen Ereignissen der Bundesrat 1975 einen weiteren Armeeeinsatz gegen eigene Bürger in Erwägung zog.

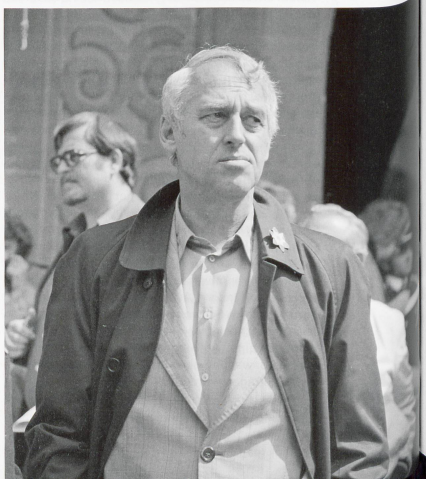
Helmut Hubacher erinnert sich: Willi Ritschard, der populäre Energieminister, habe immer wieder mit dem Satz kokettiert, nicht der Bundesrat, sondern das Volk sei die Regierung. «Und dann, als die Situation aus dem Ruder zu laufen drohte, telefonierte ich ihm und sagte: ‹Willi, in Kaiseraugst regiert das Volk.›» In seinem lesenswerten Buch «Tatort Bundeshaus» schildert Hubacher, wie Nationalrat Andreas Gerwig, Professor Richard Bäumlin, Alexander Euler und er beim damaligen Energieminister vorsprachen, um über eine Deeskalation der sich zuspitzenden Lage zwischen Behörden und Besetzern zu beraten. Nach einer heftigen Auseinandersetzung warf der völlig entnervte Bundesrat einen Stoss Akten auf den Tisch und sagte: «Was soll ich machen? Gnägi und Furgler [1975 Vorsteher des Militär- respektive Justizdepartementes] wollen Militär einsetzen!»

Akzent Magazin: Wie konnte es so weit kommen, dass man im Bundesrat ernsthaft daran dachte, die Armee gegen eine Volksbewegung aufzubieten?

Helmut Hubacher: *Das passte ins Klima des Kalten Krieges. Es war seinerzeit nicht mehr selbstverständlich, dass man in einer Demokratie auch gegen die Nutzung von Atomenergie sein konnte. Für rechtsbürgerliche Kreise war klar: Hinter der Besetzung steht Moskau. Der Verdacht verdichtete sich zur Gewissheit, als in Kaiseraugst ein Strommast gesprengt wurde. Die Paranoia der «Stahlhelmfraktion» im Bundeshaus wurde später im Fichenskandal offenkundig, als publik wurde, dass man damals AKW-Gegner als Staatsfeinde überwachte. Hinzu kam, dass man in Bundesbern nicht begreifen wollte, dass es sich bei der Besetzung des AKW-Geländes in Kaiseraugst um eine Volksbewegung von links bis rechts handelte, hinter der auch der Baselbieter Landrat, der Basler Grosse Rat und die Regierungen beider Basel standen.*

Akzent Magazin: Wie reagierte die Delegation auf Willi Ritschards Geständnis, der Bundesrat wolle die Armee aufbieten?

Helmut Hubacher: *Ritschard war sich bewusst, dass man vor allem ihn, den Energieminister, verantwortlich machen würde, wenn die Armee den Befehl erhielt, das Gelände, notfalls mit Gewalt, zu räumen. Wir waren der Auffassung, dass er zwei Optionen*



Helmut Hubacher, 1976

habe. Entweder gelinge es ihm, seine sechs Kollegen – auch der zweite Sozialdemokrat im Bundesrat, Aussenminister Pierre Graber, war ein AKW-Befürworter – zu überzeugen, oder es komme zu einer Katastrophe. Vierzehn Tage nach unserer Aussprache überraschte Willi Ritschard eine bis dahin ahnungslose Öffentlichkeit mit der Erklärung, dass er von seinem Amt zurücktreten würde, wenn in Kaiseraugst die Armee eingesetzt würde. Letztlich brachte er wohl mit diesem Ultimatum die Scharfmacher im Bundesrat zur Besinnung und bewahrte das Land vor einer Staatskrise.

Akzent Magazin: Nachdem das Schlimmste abgewendet worden war, galt es, die Mehrheit im Parlament davon zu überzeugen, dass ein AKW nur zehn Kilometer von Basel entfernt nicht realisierbar sei. Das war in einer Phase des – wie Sie seinerzeit schrieben – «platonischen Kriegszustandes».

Helmut Hubacher: *Die Frage der eidgenössischen Atomenergie als Ganzes stand auf dem Prüfstand. Geplant waren insgesamt zehn Kernkraftwerke. Kaiseraugst wäre das sechste gewesen. Die Befürworter der Atomenergie verharmlosten das, was sie als Restrisiko bezeichneten, auf unglaubliche Art und Weise. Es gab keine überzeugenden Pläne für einen Notfall. Eine radioaktive Wolke wurde als kurzfristige Störung bezeichnet. Man war der Meinung, die Menschen sollten einfach zu Hause bleiben und die Fenster schliessen. Die AKW-Gegner ihrerseits beriefen sich auf Klaus Traube, der bei Siemens während zwanzig Jahren Projektleiter für den Bau von Atomkraftwerken gewesen war, und der zur Erkenntnis gelangte, dass diese Technologie bei einem Unfall nicht beherrschbar sei. Er wies darauf hin, dass – wo immer er hinkomme – die Atomlobby glaube, ihre AKW seien sicher. Sein Credo: «Es gibt keine absolute Sicherheit». Wie die Geschichte zeigt – Harrisburg, Tschernobyl, Fukushima – sollte er recht behalten.*

Akzent Magazin: In Ihrem Buch sprechen Sie von den «Messdienern der Atomlobby». Wen meinen Sie damit?

Helmut Hubacher: *Nationalräte bekamen aus Kreisen der Atomwirtschaft Einladungen, beispielsweise für eine zehntägige Reise nach Südafrika, ein Land, das*

damals zum Thema AKW nichts Wesentliches beizutragen hatte. Ich habe gesehen, wie Kollegen, darunter auch zwei Sozialdemokraten, nach der Session in den Bus stiegen, der sie zum Flughafen Zürich brachte. Es waren jene, die später für den Ausbau der Atomenergie stimmten.

Akzent Magazin: 1977 wurde, nicht zuletzt wegen Kaiseraugst, das Atomgesetz revidiert. Die vorberatende Kommission beschloss, eine ihrer Sitzungen in Rheinfelden abzuhalten und vorgängig das AKW-Gelände zu besichtigen, um mit den Besetzern zu sprechen. Was hat dieser Besuch bewirkt?

Helmut Hubacher: *Mindestens haben die bürgerlichen Mitglieder der Kommission zur Kenntnis nehmen müssen, dass auch eigene Parteifreunde mit den Besetzern sympathisierten: beispielsweise der liberale Basler Regierungsrat Lukas Burckhardt, der SVP-Grossrat E. Weiss aus Magden oder der FDP-Stadtrat R. Molinari aus Rheinfelden. Als der Bus in der Menge steckenblieb, musste die Kommission, begleitet von den AKW-Gegnern, zu Fuss vorbei an einer Menschenkette nach Rheinfelden marschieren. Mütter mit ihren Kindern und Grosseltern mit ihren Enkeln standen Spalier. Einigen Parlamentariern dämmerte es, dass der Widerstand gegen Kaiseraugst nicht von wild gewordenen Revoluzzern, sondern von einer gewaltfreien Volksbewegung getragen wurde.*

Akzent Magazin: Die Reaktorkatastrophe von 1979 im Kraftwerk Three Miles Island im amerikanischen Harrisburg, habe auch im Parlament zu einem Umdenken geführt, schreiben Sie in Ihren Erinnerungen.

Helmut Hubacher: *Für die Arbeit in der «Subkommission Harrisburg», die sich mit Experten des Eidgenössischen Reaktorinstituts in Würenlingen traf, wurde ich mit Fragen der AKW-Gegner «munitioniert». Dieser Fragenkatalog führte dazu, dass aus einer für sechs Stunden terminierten Sitzung eine sechstägige Auseinandersetzung wurde. Im Zentrum stand die Frage, was «Restrisiko» bedeute. Der im Jahr 1974 veröffentlichte Bericht von Professor Norman Rasmussen vom Massachusetts Institute of Technology war zum Schluss gekommen, dass ein Reaktorunfall in 10'000 Jahren einmal vorkomme, was hiess: jederzeit. Am Ende des Hearings einigten wir uns auf die Formulierung, wonach die Schweizerischen Sicherheitsbehörden der Ansicht seien, ein «Störfall» wie im Kernkraftwerk Three Miles Island sei in der Schweiz zwar nicht unmöglich, aber unwahrscheinlich. Damit war die ursprüngliche Doktrin, ein AKW sei «absolut» sicher, obsolet geworden. Nach dem «Fall» Harrisburg realisierte man für schweizerische Atomkraftwerke ein umfassendes Nachrüstungsprogramm.*

Akzent Magazin: Sieben Jahre später, 1986, kam es zum Super-GAU von Tschernobyl (vgl. Artikel in diesem Heft). Zwei Jahre später war das Projekt AKW Kaiseraugst vom Tisch. Was war geschehen?

Helmut Hubacher: *Nationalrat Christoph Blocher, damals Verwaltungsrat der Motor-Columbus AG, die das AKW in Kaiseraugst bauen wollte, stellte dem Projekt den Totenschein aus. An einer Pressekonferenz erklärte er: «Wir haben es nicht fertiggebracht, dieses Kernkraftwerk zu bauen. Es ist ein totes Projekt, jemand hat es getötet.» Das hatte wenig mit Einsicht zu tun. Dreizehn Jahre, nachdem man erfolglos versucht hatte, mit dem Bau zu beginnen, waren die Pläne veraltet. Das AKW hätte neu aufgegleist werden müssen. Die wahren Totengräber waren letztlich die Banken, die den Geldhahn zudrehten. Nach Kaiseraugst wussten sie, dass man bei jedem neuen Kernkraftwerk mit Widerstand rechnen musste. Auf der politischen Ebene sagte man sich, es sei wohl einfacher, Atomstrom aus Frankreich zu beziehen.*

Akzent Magazin: Aber floss am Schluss nicht doch noch Geld?

Helmut Hubacher: *Die parlamentarischen Testamentsvollstrecker nahmen die Eidgenossenschaft in die Pflicht und verlangten eine Schadensbeteiligung des Bundes für die Rahmenbewilligung des AKW Kaiseraugst, die sie seinerzeit selbst erstritten hatten. Den Steuerzahler kostete das 350 Millionen Franken. Wir fanden zwar, dies sei für eine schickliche Bestattung ein etwas teurer «Kranz», andererseits war das AKW Kaiseraugst damit definitiv vom Tisch und mit ihm weitere vier Kernkraftwerke, die man ursprünglich für die Energieversorgung der Schweiz als unverzichtbar betrachtet hatte. Letztlich ist den Besetzern zu danken. Ihr Widerstand hat sich gelohnt.*

Weiterführende Literatur

Hubacher Helmut, Tatort Bundeshaus, Zytglogge Verlag Bern, 1994